

DIE LINKE. Wolfgang Förster, 67346 Speyer, Peter-Drach-Str. 60

An Frau Oberbürgermeisterin
Stefanie Seiler
Maximilianstraße 100
67346 Speyer

Wolfgang Förster
Fraktionsvorsitzender
Peter-Drach-Straße 60
67346 Speyer
Telefon 06232-75188
Die-Linke-SP-GER@gmx.de
IBAN DE80 54790000000540790
BIC GEN ODE61SPE SVWZ

Speyer 27.07.2019

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seiler

Die Linke stellt für die Stadtratssitzung am 00.00.2019 folgenden Antrag:

Die spektakuläre Einfahrt der Sea-Watch-3 in den Hafen von Lampedusa und die vorübergehende Festnahme der Kapitänin Carola Rackete haben die mediale Aufmerksamkeit in den letzten Wochen verstärkt auf das gelenkt, was meist als private Seenotrettung bezeichnet wird. Tatsächlich ist die keineswegs privat, sondern eine breite soziale Bewegung – unterstützt von tausenden Aktivist*innen und zahlreichen Solidaritätsaktionen. Allein am Samstag 06.07.2019 waren bundesweit in 100 Städten 30.000 Menschen für die Seebrücke auf den Straßen.

Der Stadtrat Der Stadt Speyer unterstützt die Initiative „Seebrücke“. Er bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Die Stadt Speyer hat mit der Unterstützung zahlreicher Einwohnerinnen und Einwohner in den vergangenen Jahren Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt und wird dieses auch in Zukunft tun.

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Stadtrat Speyer beschließt folgende Resolution:

- Der Stadtrat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer sowie für eine Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen.
- Um darüber hinaus ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit unserer Stadt und ihrer Menschen zu setzen, deklariert der Stadtrat die Stadt Speyer als „sicheren Hafen“. Die Stadt nimmt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Geflüchtete auf.
- Die aktive Behinderung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden.
- Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.

- Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die in diesem Stadtrat vertreten sind, bekennen wir uns klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Abschottung und somit den Tod unschuldiger Menschen billigend in Kauf zu nehmen, ist kein legitimes politisches Mittel.

Der Stadtrat ist bereit, Geflüchteten im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten Obdach und Hilfe zu gewähren; dieses gilt auch für in Seenot geratene Menschen. Für die Verteilung und Unterbringung von aus Seenot Geretteten muss die Bundesregierung eindeutige Regelungen schaffen. Der Stadtrat fordert die Vertreter und Vertreterinnen in Bundestag und Landtag auf, sich für diese Ziele einzusetzen.

Wolfgang Förster
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE

Aurel Popescu
Fraktionsgeschäftsführer
DIE LINKE